

Veröffentlichungswerte: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 12 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 G. W. Reklamen 50 G. W. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Montag, den 2. Juni 1924.

Bezugspreis: In der Stadt mit Bezugslohn 45 Goldpfennig wöchentlich. Postbezugspreis 45 Goldpfennig ohne Beleggeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Neueste Nachrichten.

In der Zentralaussschubung der Reichsbank sprach Dr. Schacht eingehend über die Lage der Reichsbank und die Kreditfrage.

Auf den österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel wurde ein Attentat verübt. Dr. Seipel wurde durch einen Lungenschuß schwer verletzt. Der Täter ist verhaftet.

Poincaré hat die Demission des Gesamtkaubnetts überreicht. Die Bewegung der Radikalen gegen Millerand entwickelt sich in schärfster Form.

Ein russisch-chinesisches Abkommen wurde in Peking unterzeichnet. Die Sowjetregierung hat die äußere Mongolei als einen integralen Teil Chinas anerkannt.

## Dr. Schacht über die Lage der Reichsbank.

(W.B.) Berlin, 31. Mai. In der heutigen Zentralaussschubung der Reichsbank machte der Präsident des Reichsbankdirektoriums, Dr. Schacht, folgende Ausführungen zur Kreditpolitik der Reichsbank:

Seit der letzten Zentralaussschubung hat sich die Lage der Reichsbank, von gelegentlichen Schwankungen abgesehen, nicht wesentlich verändert. Durch die weitere Einziehung von Notgeld und kleinen Goldanleihestücken ist der gesamte Zahlungsmittelumlauf auf den Stand vom Anfang des Jahres zurückgegangen. Erfreulich ist, daß an Notgeld zurzeit nur noch etwa 175 Millionen im Umlauf sind gegenüber einer Milliarde am Jahresende. Eine Wirkung der zurückhaltenden Kreditpolitik der Reichsbank auf die Devisenlage und auf den Kurs der Mark ist offensichtlich. Die Devisenzuteilung hat erhebliche Erhöhungen erfahren können. Die Notierung der Mark im Ausland ist in letzter Zeit dauernd günstig gewesen.

Die valutatische Situation der Reichsbank hat sich erheblich gebessert.

Die Ausleihungen der Golddiskontbank sind auf nahezu 5 Millionen Pfund Sterling gestiegen. Die Reichsbank ist nach wie vor entschlossen, ihre Kreditpolitik von währungspolitischen Gründen beherrschen zu lassen, da ein anderes Mittel zur Aufrechterhaltung der Marktstabilität zurzeit nicht zur Verfügung steht.

Die Unelastizität der Rentenbank bringt es mit sich, daß die Reichsbank gegenüber ihren Rentenmarkverpflichtungen sich eine Reserve an Rentenmark halten muß. Von den ihr zur Verfügung stehenden rund 1100 Millionen Rentenmark hat die Reichsbank 300 Millionen noch nicht abgerufen. Diese 300 Millionen müssen dienen:

1. zur Deckung gegenüber den zurzeit 540 Millionen täglich fälligen Rentenmarkverpflichtungen,
2. zur evtl. Auffüllung der Kassenbestände an Rentenmarkscheinen, die in über 400 Reichsbankanstalten täglich gehalten werden müssen.
3. für die Krisenreserve.

Eine Erhöhung der Papiermarkausgabe seitens der Reichsbank ist ebensowenig möglich wie die Inangriffnahme dieser 300 Millionen Rentenmarkreserve, da die Höhe des als Papiermarkdeckung dienenden freien Goldbestands eine Papiermarkausgabe nicht zuläßt.

Es bleibt gar nichts anderes übrig, als daß die Wirtschaft sich nach der Deke streckt.

Gegenüber diesen klaren Tatsachen ist das Drängen nach Hergabe weiterer Kredite lediglich aus der Notendrucke völlig unverständlich. Solche Kredite könnten nur eine neue Inflation heraufführen und sind damit in sich selbst zur Wirkungslosigkeit verurteilt. Die Reichsbank ist sich der Kreditnot, in der sich die Wirtschaft leider befindet, nur zu sehr bewußt, da gerade bei ihr die Kreditwünsche zusammenlaufen. Aber die Wirtschaft muß verstehen, daß die zentrale Notenbank nicht mehr helfen kann, als es bis jetzt geschehen ist.

Eine neue Inflation wäre nur eine Scheinlösung und wird einhellig und entschieden von der Reichsbankleitung abgelehnt.

Die Politik der Reichsbank wurde in den letzten Wochen durch eine völlig mißbräuchliche Anwendung der sogenannten Geschäftsaufsicht durchkreuzt. Die Wechselschuldner der Reichsbank benutzten die Möglichkeit der oft in kritikloser und unwirtschaftlicher Weise zugebilligten Geschäftsaufsicht dazu, um der Reichsbank Zugeständnisse bei der Zurückzahlung von Wechseln abzupressen. Alle Bemühungen, die Kredite zu liquidieren und die Warenbestände abzubauen werden durch die Einführung der Geschäftsaufsicht als eine Massenerscheinung sabotiert um den Schuldner zum Schaden ihrer Gläubiger und der Allgemeinheit das Durchhalten von Waren- und Devisenbeständen zu ermöglichen. Das Reichsbankdirektorium wandte sich deshalb an die zuständigen Regierungsstellen mit dem dringenden Ersuchen, die Geschäftsaufsicht zu beseitigen oder zum mindesten ihre Auswüchse unmöglich zu machen, eine Forderung, der auch im Interesse der Aufrechterhaltung des Vertrauens der in- und ausländischen Kreditgeber hoffentlich mit der nötigen Beschleunigung Rechnung getragen wird.

Innerhalb der zurzeit gegebenen Grenzen hat die Reichsbank durch Ausgleichung und anderweitige Verteilung der Kredite nach Möglichkeit geholfen. Insbesondere ist der Landwirtschaft über den bereits gewährten Kredit von 800 Millionen hinaus noch ein ansehnlicher Betrag für die Auswinterungsschäden zugewendet worden. Das fortwährende Drängen auf weitere Reichsbankkredite

seitens landwirtschaftlicher Kreise ist um so unverständlicher, als eine der größten landwirtschaftlichen Organisationen durch ihren Vorsitzenden schon jetzt um Prolongation der zur Erntezeit fälligen landwirtschaftlichen Wechsel ersuchte. Die Reichsbank ist deshalb an die zuständigen Regierungsstellen herangetreten mit Vorschlägen über eine anderweitige Beschaffung langfristiger Kredite. Es handelt sich dabei um die Aufbarmachung von Beträgen, die früher auf Grund gesetzlicher Vorschriften in den Immobilienkredit hineinfließen, aber durch die Notverordnungen der Inflationszeit in andere Richtungen gelenkt wurden. Beträge, die heute zum großen Teil in irregulärer Weise den mobilen Geldmarkt aufsuchen und vielfach Veranlassung zum Kettenhandel geben.

Die dahin zielenden Maßnahmen werden allerdings außerordentlich erschwert, wenn immer wieder Beträge flüchtig gemacht werden müssen zur Finanzierung von Streikausfällen oder von Sachleistungen an die Ententemächte.

In ihrem derzeitigen Zustand kann sich die deutsche Volkswirtschaft weder Streiks noch Grabssteuern an das Ausland leisten.

Alle Bemühungen um die Behebung des Kreditnot werden fehlschlagen, wenn nicht schleunigst Arbeitsfriede im Innern und Regelung unserer Verpflichtungen an das Ausland eintritt.

Der Zentralaussschuß erteilte den vorstehenden Erklärungen einstimmig seine Zustimmung und untertrich insbesondere die Ausführungen über die Geschäftsaufsicht, deren restlose Beseitigung er erwartet.

## Die Regierungskrise in Frankreich.

### Das gesamte Ministerium Poincaré zurückgetreten.

Paris, 1. Juni. (W.B.) Um 10.30 Uhr vormittags übermittelte Poincaré dem Präsidenten der Republik die Demission seines Ministeriums. Der Demissionsbrief, der von allen Ministern unterzeichnet ist, hat folgenden Wortlaut: Nach der Entscheidung, die die Regierung am Tage nach den Kammerwahlen getroffen hat, haben wir Ihnen die Kollektivedemission zu überreichen.

### Herriots Brief an die Sozialisten.

Paris, 2. Juni. (W.B.) Der Abgeordnete Herriot hat in seiner Eigenschaft als Führer der Radikalen Partei heute abend an den Führer der Sozialisten, den Abgeordneten Léon Blum folgenden Brief gerichtet:

„Die Abstimmung vom 11. Mai hat in der klarsten Weise den Willen des Landes kundgegeben, im Innern wie nach außen eine neue auf den Grundsätzen und den Methoden der Demokratie aufgebaute Politik betrieben zu sehen. Innerpolitisch muß ein ernster republikanischer Wiederaufbau durchgeführt und sozialistische Reformen in einem Gefühl weitgehendsten Vertrauens zu den Arbeitern eingeleitet werden; auf dem Gebiete der äußeren Politik beherrscht eine Pflicht alle anderen, nämlich den Frieden durchzuführen. Um den Wahlsieg zu erlangen, der nunmehr dieses Werk möglich macht, haben sich Sozialisten und Radikale vereint. Gemeinsam haben sie die Koalition des Geldes und der Lüge bekämpft, gemeinsam haben sie triumphiert. Es ist der klare Wille des Landes, daß diese Zusammenarbeit auch in den Räten der Regierung fortgesetzt wird, damit sich die Entscheidung des Volkes in Taten auswirken kann. Das Volk hat seine Pflichten getan, nunmehr müssen wir die unstrigen erfüllen. Im Namen meiner Partei fordere ich deshalb von der Sozialistischen Partei ihren vollkommenen Beistand. Wir sind bereit, mit ihr die Bedingungen und Mittel zur Durchführung in einem loyalen, brüderlichen und, ich muß hinzufügen, vollkommen derinteressierten Geiste zu diskutieren.“

### Der Kampf der Radikalen wider Millerand.

Paris, 1. Juni. Der sozialistische Kongreß, der heute vormittag zusammentrat, nahm vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung einstimmig eine Resolution an, die von der Renaudelpartei die

Bekämpfung jeder von Millerand eingeleiteten Regierung und die Bekämpfung jeder Regierung verlangt, die nicht aus der neuen parlamentarischen Mehrheit hervorgegangen ist. Die

Resolution stellt fest, daß der Präsident mehrmals gegen die durch seine Stellung gebotene Unparteilichkeit verstieß. Im Verlaufe der Debatte forderte Reuter, daß man erst die Frage Millerand erörtere, nachdem die neue Regierung gebildet sei. Er erklärte unter anderem, man müsse vorsichtig vorgehen, damit der Partei nicht vorgeworfen werden könne, ihr Beschluß wirke auf den Stand des französischen Frankreich ein. Blum widersprach und forderte Abstimmung, damit kein Zweifel über den Standpunkt des Parteitag in dieser wichtigen Frage aufkomme. Schließlich ließ Reuter seine Einwendungen fallen und stimmte mit den übrigen Delegierten für die Annahme der Resolution Renaudel. Hierauf trat der Kongreß in die Beratung der Tagesordnung ein, an deren erster Stelle die Erörterung der durch die Neuwahlen geschaffenen Lage steht.

Paris, 1. Juni. Der Sozialist Renaudel erklärte gestern einem Favaströter über die Lage, wie man sie heute am Tage des Zusammentritts der Kammer auffassen müsse, folgendes: Man stellt die Frage schlecht, wenn man erklärt, der Sozialistische Parteitag müsse sich einfach für oder gegen die Beteiligung der Partei an der Regierung aussprechen. Keine einzige Partei nahm einen solchen kategorischen Standpunkt ein. Alle Resolutionen bezüglich der Beteiligung an der Regierung machten diese von gewissen Bedingungen abhängig und erklärten, warum es angebracht sei, eine radikale und sozialistische Regierung zu unterstützen. Für die Unterstützung sei man eingetreten, weil diese einen beträchtlichen Fortschritt bedeute und der Kongreß der Partei erstmalig das Mandat gebe, ein Kabinett zu bilden. Er hoffe, daß der Kongreß klug genug sein werde, von Herriot, wenn dieser das Kabinett bilde, nichts Unmögliches zu fordern. Man könne von ihm nur in einer Zeitspanne von 6 Monaten bis zu 2 Jahren eine Realisierung der wichtigsten Programmpunkte verlangen, für deren Durchführung die radikale und sozialistische Partei sich ausgesprochen habe. Von außen könne die sozialistische Partei die Regierung besser unterstützen, als wenn dem Kabinett sozialistische Minister angehörten, die eher als andere Angriffen ihrer Genossen ausgesetzt sein. Eine grundlegende Bedingung aber, die die sozialistische Partei stellen werde, sei der Rücktritt Millerands. Und wenn dieser, wie der Matin angekündigt, den Kampf wolle, werde er ihn haben. Er selbst, Renaudel, werde vor dem Kongreß den Antrag stellen, den Fall Millerand vor das Land zu bringen. Er, Renaudel, voraussetzung für diesen Fall eine derartige Erregung im Lande, daß ein erstklassiger Politiker, der von Millerand die Uebernahme der Regierung annehme, eine Aufgabe übernehme.

Paris, 1. Juni. Die Fraktion der radikalen Partei hielt

heute vormittag eine Sitzung ab, worin Accambray folgende Tagesordnung vorschlug: 1. Der Präsident der Republik trat aus seiner von der Verfassung vorgeschriebenen Rolle heraus. 2. Die aus den Wahlen vom 11. Mai hervorgegangene parlamentarische Mehrheit kann ihm also Vertrauen nicht schenken. 3. Infolgedessen kann keiner der Gewählten der Linken das Mandat zur Bildung der Regierung von dem jetzigen Staatschef in Empfang nehmen. Nach einem Meinungsaustausch, woran sich auch Herriot beteiligte, wurde mit allen gegen 6 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, die den dritten Punkt beseitigt, aber erklärt: Das fernere Verbleiben des Bürgers Millerand im Elysée würde die republikanische öffentliche Meinung verletzen und würde eine Quelle fortgesetzten Konflikts zwischen der Regierung und dem Staatschef und somit eine ständige Gefahr für das Regime selbst sein.

#### Dr. Seipel schwer verletzt.

Wien, 1. Juni. (W.B.) Auf den Bundeskanzler Dr. Seipel wurde heute Abend auf dem Wiener Südbahnhof von einem Passagier desselben Zuges, in dem der Bundeskanzler gereist war, ein Attentat verübt. Dr. Seipel wurde durch einen Lungenstich schwer verletzt. Der Täter verletzte sich bei seiner Verhaftung selbst durch einen Sturz. Er ist noch nicht vernehmungsfähig.

Zu dem Attentat auf den Bundeskanzler Dr. Seipel wird noch gemeldet: Von den zwei Schüssen, die auf den Bundeskanzler abgegeben wurden, ist der eine ein Streifschuß, der andere ein Lungenstich. Bei letzterem ist das Geschloß im Körper stecken geblieben. Die Verwundung ist sehr schwer, wenn auch nicht tödlich.

Wien, 2. Juni. (W.B.) Der Verüber des Anschlages auf den Bundeskanzler Dr. Seipel heißt Jaworek, ist von Beruf Spinner und stammt aus Pottendorf. Der Bundeskanzler, der in schwerverletztem Zustand in das Wiener Krankenhaus gebracht wurde, wurde sofort operiert. Ueber die Motive des Täters ist noch nichts bekannt. — Der deutsche Gesandte begab sich sobald er von dem Attentat erfahren hatte, nach dem Spital, um sich nach dem Befinden des Bundeskanzlers zu erkundigen.

#### Ein russisch-chinesisches Abkommen.

London, 31. Mai. (W.B.) Reuter meldet aus Peking ergänzend zu der Anerkennung Sowjetrußlands durch China, daß folgende Abmachungen zwischen den chinesischen und russischen Delegierten Wellington Koo und Karahan unterzeichnet wurden: 1. Ein grundsätzliches Übereinkommen, 2. ein Übereinkommen betreffend die vorläufige Leitung der chinesischen Ostbahn in der, wie verlautet, die Sowjetregierung die von der Russisch-Asiatischen Bank im Abkommen vom Jahre 1920 eingenommene Stellung und zugleich die Verantwortlichkeit für die Schulden der Eisenbahnen übernimmt. Die Delegierten unterzeichneten auch die folgenden Erklärungen bezüglich 1. der Anstellung von Russen bei der chinesischen Ostbahn, 2. der Aufhebung des Eigentums der russischen Regierung und der Aufhebung der russischen Exterritorialität, 3. und 4. der Wiederherstellung des Eigentums der russischen Regierung und der orthodoxen Kirche, 5. der Ernennung einer Kommission zur Verwaltung und Zuteilung der russischen Boykottschädigung, die vollkommen verwandt wird, um einen Fond für die Erziehung von Chinesen zu gründen. 6. Eine gemeinsame Erklärung, daß China nicht die Gültigkeit irgend eines von Rußland unter dem zaristischen System mit einer dritten Partei abgeschlossenen, die souveränen Rechte und Interessen Chinas berührenden Vertrages anerkennt, 7. Rußland verzichtet auf Konzessionen in China und verpflichtet sich, solche Konzessionen insgesamt oder teilweise auf eine dritte Macht zu übertragen.

Eine weitere Reutermeldung besagt, die Sowjetregierung erkennt die äußere Mongolei als einen integralen Teil Chinas und dessen Souveränität darüber an. Die Sowjettruppen werden aus der Mongolei zurückgezogen, sobald die Maßnahmen zur Sicherheit der Grenzen geregelt sind. Beide Regierungen schließen keine Verträge oder Abmachungen ab, die die gegenseitigen Rechte oder Interessen beeinträchtigen.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 2. Juni 1924.

#### Vom Rathaus.

In der unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner am Mittwoch stattgefundenen Gemeinderatssitzung wurden die Arbeiten zum Dellschuppen am städtischen Elektrizitätswerk vergeben. Es waren 3 Offerte eingelaufen, eines von Gebrüder Pfeiffer mit 1700 Mk., eines von Bauwerkmeister Alber mit 1443 Mk. und eines von Maurermeister Walz mit 1832 Mk. Die Ausführung der Arbeit erhält Alber. Wegen der Betondecke ist eine Antwort des Ministeriums eingelaufen. Es wird darin empfohlen, eine leichtere Decke zu nehmen, um eine etwaige Explosion abzuwehren. — Ueber die Wiedereinführung von Verbrauchsrabatt für bezogenen Strom führt der Vorsitzende aus: Bis 1. Dezember 1920 sei Rabatt gewährt worden und zwar ein Betriebsstundenrabatt für Motoren und ein Verbrauchsrabatt für Kraft und Licht nach dem Jahresbetrag von Stromgelder. Diese Rabattsätze seien aufgehoben worden, sollen jetzt aber wieder eingeführt werden, d. h. nur der Verbrauchsrabatt. Es solle hierbei nicht mehr der Jahresertrag, sondern der monatliche in Betracht gezogen werden und zwar soll ein Rabatt gewährt werden: bei mindestens 25 Mk. Stromkosten 5 Proz., bei 50 Mk. 10 Proz., bei 75 Mk. 15 Proz. und bei 100 Mk. und mehr 20 Proz. Diese Sätze seien berechtigt, um den Abnehmern entgegen zu kommen, falls

set die Behauptung, daß die Erzeugung des Stroms durch eigenen Dieselmotor der Handwerker billiger komme. Der Ausfall für das Werk betrage 1—2tausend Mark. In der Debatte wird weniger gegen die Gewährung der Rabatte selbst gesprochen, sondern nur die Staffellung bemängelt. Schließlich werden aber die Anträge des Vorsitzenden angenommen. — Die Bewohner der Kapellenbergstraße haben um Abgabe von Hochdruckwasser nachgesucht. Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß die Einleitung des Hochdrucks veranlaßt worden sei, die Folge davon sei ein Rohrbruch gewesen. Es frage sich nun, soll man den Zustand so belassen oder die Zuleitung des Hochdrucks nochmals probieren. Die Bewohner des Kapellenbergs seien seinerzeit auf den Wassermangel aufmerksam gemacht worden, ein Vorwurf treffe die Stadt also nicht. Selbstverständlich könne man den jetzigen Zustand auf die Dauer nicht belassen, Abhilfe werde nur eintreten, wenn eine Wasserleitung über den hohen Felsen geführt werde. Die Kosten selbst werden nicht zu hoch kommen, da die Röhren schon vorhanden seien. Es handle sich in der Hauptsache um Grabarbeiten, die aber sehr schwierig werden können. Es wurde beschlossen, bei heißer Witterung den Hochdruck zuzulassen, aber in sehr vorsichtiger Weise. Der Nachteil sei damit verbunden, daß auch der ganze Bischoff mit dem Schlachthaus dann in der Hochdruckzone liege, während dieses Gebiet am leichtesten durch den Elsenbrunnen verjagt werden könne. Für das Stedenäckerle komme später der Elsenbrunnen und für den Kapellenberg der Hochdruck in Betracht. — Künstlerisch und geschichtlich wertvolle Bauten sollen in das Landesverzeichnis der Baudenkmale aufgenommen werden. Für solche Gebäude ist dann die Bestimmung getroffen, daß bei einer etwaigen Bauveränderung das Gutachten des Landesfachverständigen eingeholt werden muß. In Betracht kommen hier die Brückenkapelle, das Rathaus, die Stadtkirche, die Marktbrunnen, die Stadtbefestigung, der „Lange“ und noch verschiedene Privathäuser. Der Gemeinderat hat gegen die Aufnahme dieser Gebäude und Denkmäler in das Landesverzeichnis nichts einzuwenden. Zur Sprache kommt hierbei die Wiederherstellung der Nikolauskapelle. Prof. Brühlmann hat einen neuen Entwurf ausgearbeitet; er hat eine Figur, den heiligen Nikolaus, als Abschluß des Daches gewollt und ein Modell hierzu angefertigt. Die Frage wird auf später zurückgestellt. — Bei der Abgabe von Platten zu Gehwegausbesserungen sollen feststehende Grundsätze aufgestellt werden. Früher seien Gehwege von Hausbesitzern mit Beiträgen der Stadt angelegt worden. Grundsätzlich sei die Ausbesserung Sache der Hausbesitzer; gegenwärtig lasse sich aber diese Forderung bei der mangelhaften Lage der Hausbesitzer nicht durchführen. Der Vorsitzende macht den Vorschlag, die Platten an solche Hauseigentümer unentgeltlich abzugeben, die die Arbeiten auf das Notwendigste beschränken. Die Kosten der Verlegung seien vom Hausbesitzer zu tragen. Gehwege seien öffentliche Wege. Der Gemeinderat beschließt demgemäß. — Verschiedene Gesuche um Baudarlehen werden genehmigt. — Für Freimachung von Wohnungen werden Prämien gewährt und zwar für 1 Zimmer mit Küche 40 Mk., für 2 Zimmer 80 Mk., für 3 Zimmer 120 Mk., für 4 Zimmer 180 Mk. und für 5 Zimmer 240 Mk. — Der Vorsitzende bringt dann noch die Anregung im Calwer Tagblatt betreffs von Theateraufführungen durch die Volkshühne zur Sprache. Der Gemeinderat verhält sich nicht ablehnend und es soll die Sache nun weiter verfolgt werden. Mit der Beratung von Baugebühen und anderen Gegenständen schloß die Sitzung.

#### Aus der ev. Kirchengemeinde.

Uns wird geschrieben: Zurzeit wird die Kirchensteuer der evang. Kirchengemeinde eingezogen. Zum erstenmal erscheint dabei die in Baden schon länger bestehende Landeskirchensteuer für die Bedürfnisse der Landeskirche, die notwendige Folge der Trennung von Kirche und Staat. In Ermanglung jedes anderen Maßstabs mußte dabei die Reichseinkommensteuer 1922 zu Grunde gelegt werden und zwar 15 Goldpfennige auf je 1000 Papiermark. Beträge bis zu 4000 Mark sind steuerfrei, von Beträgen von 4000—7000 Mark wird 1 Goldmark erhoben.

Bei dem Ansatze der Ortskirchensteuer für Calw muß in Betracht gezogen werden, daß alles Betriebskapital und unfre Stiftungen durch die Inflation vernichtet wurden und daß durch die Inanspruchnahme des Vereinstausches für gottesdienstliche Zwecke auch für dieses bedeutende Aufwand entsteht. Es wird darum nicht Wunder nehmen, daß der Voranschlag ein Abmangel von 8000 Goldmark aufweist. Es hat sich nicht als tunlich erwiesen, für die Ortskirchensteuer einen anderen Maßstab zu Grunde zu legen als für die Landeskirchensteuer, und so werden nach Beschluß des Kirchengemeinderats auf je 1000 Papiermark Einkommensteuer von 1922 weitere 15 Goldpfennige Ortskirchensteuer erhoben. Eine kleine Kommission hat die Steuerliste durchgesehen, um Härten soweit möglich zu vermeiden. Bei großen Beträgen kann die Kirchensteuer in 4 Raten beglichen werden (auf 15. Mai, 15. August, 15. November, 15. Februar); bei kleineren wird der Vereinstausch wegen um sofortige Bezahlung gebeten. — Der Vergleich mit der katholischen Kirche zeigt, daß dort wesentlich höhere Beträge erhoben werden, nämlich Landeskirchensteuer 30 Pfennig, Ortskirchensteuer 20 Pfg. pro 1000 Mark Einkommensteuer 1922!

Möge die Opferwilligkeit der Gemeindeglieder, die in dem schweren Jahr 1923 sich so schön zeigte, auch bei der Kirchensteuer sich bewähren!

#### Missionsfest am Himmelfahrtstage.

Die Calwer Mission rief ihre Freunde auch in diesem Jahr am Nachmittag des Himmelfahrtstages in die Calwer Kirche. Von allen Seiten her, vom Wald und vom Gäu, kamen die Besucher und füllten den großen Raum. Das Fest trug in doppelter Weise ein persönliches Gepräge: Missionar Schauble, der lange Jahre hindurch die Calwer Missionsfeste vorbereitet hatte, weist seit kurzem nicht mehr unter den Lebenden. Seiner

Arbeit wurde in ehrenden Worten gedacht. Missionar Sengle, seit einigen Jahren Pfarrer in Monakam, wurde wieder nach Indien berufen und steht vor seiner Ausreise. Für ihn war das Fest eine Abschiedsfeier. In seinen persönlichen Erlebnissen spiegelt sich ein interessantes Stück Missionsgeschichte. Indien, das alte Arbeitsfeld von Missionar Sengle, war seit dem Krieg für deutsche Missionare aus bekannten Gründen verschlossen. Nun aber wandten sich indische Gemeinden, durch führende englische Christen unterstützt, an die englische Regierung und baten, daß einige ihrer alten Missionare ihnen wieder geschickt werden. Die Regierung in London hat nachgegeben. Die ersten deutschen Missionare kehren nach Indien zurück. Es ist verständlich, daß das Missionsfest unter dem Eindruck dieser Ereignisse hoffnungsfreudig gestimmt war. Große Aufgaben stehen vor der Calwer Mission vor allem in China und in Borneo. Aus China waren die Missionare trotz großer Bemühungen unserer Freunde überhaupt nie vertrieben worden. Dafür sind die Missionsbriefe von Herzen dankbar, denn die innere Lage der christl. Kirchen in China erforderte, daß alle Kräfte auf ihrem Posten standen. Eine große antichristliche Bewegung durchzog das chinesische Volk und entfesselte einen gewaltigen Kampf. Innerhalb der überhaupt nie vertrieben worden. Dafür sind die Missionsbriefe nicht mehr die für alles verantwortlichen und alles tragenden Kräfte, sondern Mitarbeiter im Rahmen selbständiger Kirchenkörper. Zunächst hat sich gezeigt, daß dadurch viel äußere Arbeit von den Schultern der Europäer abgenommen wurde und diese für den Kern ihres Berufs, Seelsorge, Predigt, Evangelisation freier geworden sind. In anderer Form ist daselbst Problem den Kirchen der Heimat gestellt. Die Arbeit in Borneo wurde von Basel neu übernommen. Viele zaghafte Stimmen äußerten sich dagegen, aber das Werk wurde in Gottes Namen gewagt. Man war sich klar darüber, daß das Erlahmen der Missionsarbeit rückwirkend das Leben der heimischen Kirche bedrohen würde. Ein Erlebnis von Sundar Singh wurde als Gleichnis für diese Tatsache verwendet. Sundar Singh wurde einst dadurch vom Tode des Erfrierens gerettet, daß er mit letzter Kraft einen am Wege liegenden Erfrierenden auf seine Schultern nahm und vorwärts schleppte. So wurden seine steifen Glieder wieder erwärmt. Die heimische Kirche bleibt nur dann lebendig, wenn sie die fremden Völker mit ihrer Liebe umfaßt. Die Hemmungen der Missionsarbeit durch den Krieg wurden als Gericht Gottes verstanden, aber nicht in dem Sinne, als ob die Arbeit aufhören soll, sondern als Läuterung und Vertiefung. — Diese Gedanken klangen bei dem Fest an. Es sprach Missionar Widmaier von Korntal und Stadtpfarrer Müller von Winnenden, auch ein ehemaliger Missionar. Stadtpfarrer Lang brachte die Grüße der Calwer Kirchengemeinde. Bei einer Nachfeier im Wald erzählten Missionar Pfarr. Sengle und Pfarrer Riefer. Der Posaorchon von Dedensfronn wirkte mit seinen Instrumenten mit. G.

#### Berichtigung.

In dem Bericht über die Kriegerdenkmalseinweihung in Neuhulach hat sich in dem Gedicht von Frau Maria Stahl ein Druckfehler eingeschlichen. Es muß darin heißen: „Das Erz und Stein und Marmel übertrifft“, nicht Merkmal.

#### Better für Dienstag und Mittwoch.

Im Westen auftretende Störungen werden voraussichtlich keinen größeren Einfluß auf die Wetterlage in Süddeutschland ausüben, doch ist mit zunehmender Gewitterneigung, im übrigen aber mit vielfach heiterem und trockenem Wetter zu rechnen.

#### Die Akazie als Honigpenderin.

\* Nach dem Verblühen der Obstbäume und der Wiesendolmen erscheint die Akazie im schönsten weißen Blüten Schmuck. Die Pflanze tritt als Gesträuch oder auch als Baum auf. An Straßen- und Bahnböschungen wird sie überall als Gesträuch angepflanzt. Sie hat ein sehr schnelles Wachstum und wird daher von Zeit zu Zeit abgeholzt. Im nächsten Jahr zeigen sich wieder neue Schößlinge. Es ist nun geboten, das Gesträuch nicht vor der Blüte abzuholzen, damit die Biene diese ausgezeichnete Bienenweide noch ausnützen können. Nach dem Verblühen ist es ja noch Zeit genug, mit dem Abholzen der Böschungen zu beginnen. Im Interesse der Bienenzucht sollte die Schonung der Akazienbestände angeordnet werden. Wir richten deshalb an die Bahn- und Straßenaufsichtungen das freundliche Ersuchen, das Abholzen der Akazien bis nach der Blütezeit hinauszuschieben. Der Landesbienenzuchtverein hat ein diesbezügliches Gesuch bereits an die zustehenden Behörden gerichtet. Es wäre wünschenswert, wenn die Anpflanzung von Akazien noch in weit höherem Maße als bisher gefördert würde. Die Bahn- und Straßenaufsicht, die ja meistens das Akaziengesträuch überwiesen erhalten, sollten selbst die Imkerei betreiben, dann würden die Akazien nicht zur Unzeit umgehauen werden. In Baden werden den Bahnwärttern Bienenstände gestellt und besondere Kurse für die Wärter abgehalten. Auf diese Weise erhalten die Wärter Gelegenheit, die unterhaltende und zugleich nützliche Bienenzucht zu lernen und zu treiben. — Der Akazienhonig ist schwach gelblich und kristallhell und von feinem, stark ausgeprägtem aromatischem Geschmack. In kandierte Zustand hat er schmalzähnliches Aussehen. Die Steppengebenden der heißen Zonen sind die Heimat der Akazie, von denen besonders afrikanische Arten das wertvolle Gummi liefern.

#### Gegen die Schnakenplage.

Zur Vertreibung der Schnaken schütte man bis 2 Eßlöffel Erdöl in die Gassen- und Abwassergruben, wodurch sich die ganze Wasseroberfläche mit einer dünnen Erdölschicht überzieht. Durch diese werden die Schnaken verhindert, ihre Eier in die Flüssigkeit abzulegen. Es ist das ein sehr wirksames und billiges Schutzmittel.



unfreiwilliger Natur, weil es in unserem Getreide- und Mehlhandel überall kriselt. In der letzten Stuttgarter Landesproduktionsbörse sind die Heu- und Strohpreise auf 7 1/2 bzw. 5 1/2 Mk. gesunken. In Berlin notierten Weizen 159 (plus 2), Roggen 136 (plus 4), Braugerste 166 (-2), Hafer 134 (unv.) und Mehl 24 1/2 (plus 1/2) Mark.

Warenmarkt. Die alte Erfahrung, daß große Preisrückgänge auf den Häuteauktionen weitere Preisrückgänge in den anderen Branchen ankündigen, hat sich wieder einmal bestätigt. Bis vor kurzem stellten sich die Eisenpreise ab Werk auf 160 und ab Händlerlager auf 200 Mk. Jetzt werden nur noch 140 bzw. 170 Mk. für die Lonne Stabeisen gefordert. Endlich beginnt auch in diesem Wirtschaftszweig der Handel einzusehen, daß es vorteilhafter ist, seine Ware mit kleinem Verlust zu verkaufen, als hohe Bankzinsen zu zahlen. Das gilt auch für Kohlen, Leder, Chemikalien und selbst für Textilartikel, die sich freilich am zähesten behaupten. Die Lebensmittel bleiben ebenfalls ziemlich fest im Preise. Die überall wie Heckenfeuer aufflammenden Streiks können nur preistreibend wirken und sind das größte Hemmnis für einen gesunden Preisabbau. Lohn- und Gehaltserhöhungen rufen alsbald eine Verteuerung der zum Leben notwendigen Dinge hervor.

Viehmarkt. Die Vieh- und Fleischpreise sind während der letzten Woche unverändert geblieben. Die Märkte sind mäßig befahren, die Nachfrage ist nach Schlachtvieh

normal, nach Nutzvieh ziemlich lebhaft. Holzmarkt. Die Preise fallen rasch. Im Inland liegt das Geschäft vollständig darnieder. Der Holzhandel ist vielfach genötigt, seine Ware mit Verlust ins Ausland zu verkaufen, wodurch er sich von seinen Bankverpflichtungen frei zu machen versucht. Grubenholz wird zur Zeit wenig begehrt, Papierholz regelmäßig abgerufen, Brennholz gern gekauft.

**Die alten Hundert- und Tausender.**

Im Traunsteiner Wochenblatt nimmt Oberlandesgerichtsrat Dr. Saar zur Aufwertungsfrage der alten Hundert- und Tausender in einer Form Stellung, die die Allgemeinheit interessieren wird. Er schreibt u. a.: Die Behauptung, die Reichsbank sei durch Gesetz vom 4. August 1914 der Verpflichtung der Einlösung ihrer Noten entzogen worden, ist in diesem Umfang falsch und geeignet, irre zu führen. Das Gesetz sagt ausdrücklich „bis auf weiteres“ entzogen. Das ist der Unterschied. Man denke nur daran, daß die alten Banknoten echte Goldobligationen sind. Wenn also jemals die Einlösungspflicht der Reichsbank durch Gesetz wieder hergestellt würde, so käme dieser Charakter praktisch zur Wirksamkeit. Jedenfalls wird das Publikum gut daran tun, wenn es seine alten Banknoten festhält und nicht hergibt. Angenommen, es gelänge, aus dem Publikum die al-

ten Banknoten zum größten Teil herauszufangen und den Besitz mehr zu konzentrieren, besonders im Ausland, ist dann die Möglichkeit ganz ausgeschlossen, daß unter dem Druck des Auslands die alten Banknoten eines Tages präsentiert und das „bis auf weiteres“ aufgehoben wird? In Betracht kommt besonders der Fall, daß die Reichsbank einmal liquidieren sollte und die Noteninhaber als Gläubiger zu befriedigen wären. Bestämen dann die Inhaber alter Banknoten den Vorzug?

(S.C.B.) Stuttgart, 31. Mai. Nach den Teuerungszahlen war im Mai Stuttgart die teuerste Stadt Württembergs (119,8). Dann folgt Heilbronn 113,13, ferner Ulm 112,76, Schweningen und Tuttlingen mit 112,62, Ulm mit 108,8, Friedrichshafen 106,94, Tübingen 104,1 und Göppingen 102,5

Für die Schriftleitung verantwortlich: Friedrich Hans Scheele. Druck und Verlags der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

**„Der Beköstigung Juwel“**  
Heißt's von Nestlé's Kindermehl.

**Geseglichte Miete für Juni.**

Durch Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 30. Mai 1924 wurde mit Wirkung vom 1. Juni 1924 an der seitherige Satz von 35 Prozent auf 40 Prozent der Friedensmiete erhöht. Der an Stelle des Einzelnachweises der Umlagen (Wasserszins, Steuern usw.) zugelassene Pauschlag von 25 Prozent der Friedensmiete hat sich nicht geändert.

Calw, den 2. Juni 1924.  
Städtischultheißenamt: Göhner.

Calw.

**Im Wege der Zwangsvollstreckung**

versteigere ich am Mittwoch, den 4. ds. Mts., von vormittags 9 Uhr an, vor meiner Kanzlei, Salzgasse 62, gegen bare Bezahlung:

- Birke 24 Ztr. Leigwaren, 8 Ztr. Seife,
- 4 Ztr. Seifenpulver, 1 Gummischlauch,
- neu, zirka 20 m lang, 1 Rodelschlitten, neu,
- 1 Kübel Schmierseife, 3 Mille Zigarren,
- 1/2 Mille Zigaretten, zirka 170 Dosen
- Drei- und Vierfrucht-Konserven.

Geriichtsvollzieher Ohngemach.

**Bekleidung**  
**Ausstattung**  
**Baul Rauhle, Calw.**

**Stöwer / Corona / Corso-**  
**Fahrräder**



**Stöwer-Nähmaschinen**  
Pneumatiks und alle Zubehörteile

kauft man preiswert nur in bekannter Güte bei

Friedr. Holzäpfel, Bad Liebenzell.

Sämtliche Reparaturen werden prompt u. fachgemäß ausgeführt.

**Mitteilungen**  
**Postkarten**

liefert rasch und billig die

**Tagblatt-Druckerei.**

**Sternwandel und Weltgeschehen**  
von 1924 bis 1927  
von Ebertin und Hoffmann  
Das wichtigste Schrift für jeden Deutschen  
Beachten Sie die Anhangsblätter und das Schaufenster der  
Buchhandlung Häußler.

**Täglich Eingang** **H & K**  
**letzter Neuheiten**

Wir bieten eine grosse, geschmackvolle Auswahl!  
Wir verkaufen nach altherwährtem Prinzip billig!  
Wir führen in den Preislagen nur beste Qualitäten!

Für Frühjahr und Sommer  
**Reizende Kasackkleider** aus Voile, Frotté, Crêpe  
in aparten Mustern  
**Duftige Voilekleider** in neuen Streifenmustern  
und kleidsamen Formen  
**Frauenkleider** Spezialität: Für starke Damen in grossen  
Weiten aus Voile, Frotté usw.

**Besonders billiges Pfingstangebot**

Kleid	aus gestreiftem Frotté, jugendlich	Mk. 14.50
Kleid	aus Kunstseide in vielen Farben	Mk. 23.75
Kleid	aus Wollgabardine mit bunter Taille, riesig fesch u. kleidsam	Mk. 43.50
Bluse	aus bedrucktem, farbigem Crêpe	Mk. 10.75
Bluse	aus la weiss Vollvoile, Bubikragen und Jabot	Mk. 9.50
Bluse	aus Kunstseide, reich bestickt	Mk. 14.75

**Kostüme und Mäntel**

für die Reise und Straße, vom einfachen bis zum eleganten Geschmack

**Kostüm** elegant, mit la. reiner Seide gefüttert, aus bestem  
Wollrips, beste Verarbeitung . . . . . M. **110.-**

**Kostüm** aus reinwollenen Stoffen, farbig und schwarz M. **44.50**

**Mäntel** für die Reise, aus praktisch. Donegalstoffen in ver-  
schiedener Verarbeitung . . . . . **18.-**

**Hanke & Kurtz, Stuttgart**  
Modehaus Königstraße 52

**Ostertag-Rassenschränke**  
zu bedeutend ermäßigten Preisen.  
**G. Köbele, Nagold, Fernsprecher 126.**

**Gummi-Stempel**

liefert rasch und billig die

**A. Delschläger'sche Buchdruckerei**  
Calw.

**Ernst vom Bruck**  
Stuttgart, Eberhardstraße 63  
Solide billige  
**Damenwäsche Wäschestickereien**

Heute Abend  
**Turner-**  
**sammlung.**

Geübte  
**Arbeiterin**  
für Garten und Feld  
für längere Zeit  
g e s u c h t.  
Philipp Mast, Gärtnerel.  
Zum sofortigen Eintritt  
suche ich ein 17-22jähriges

**Mädchen.**  
Messer, Bahnhof-  
wirtschaft, Zuffenhausen.

**Gefrorenes**  
Port. 25 Pfg.  
**Café Vierlamm.**

Kreuzige  
**Angerfenjehlinge**  
sowie  
**Tomaten- und**  
**Gurkenpflanzen**  
empfiehlt  
Ch. Hägele.

**Mehl auf**  
**Abzahlung**  
in erhalt 4 Wochen Weizen-  
brotmehl 14 Pfg., Weizen-  
weissmehl 16 Pfg., Auszugs-  
mehl 18 Pfg., Grieß 19 Pfg.  
pro Pfund ab Schönald.  
Bei Barzahl. frei ins Haus.  
Tuchwerke Schönald.  
Stuttgart, Fernspr. 5.

Die große Mode und für alle  
Zwecke verwendbar sind heute  
einzigste  
zu sch  
zum V  
es sich  
er bel  
Senat  
voraus  
gegen  
gewese  
Ch  
sich üb  
die Z  
ens v  
selbst  
verwe  
tragt,  
Senat  
Mille  
ses M  
zustell  
wiesen  
Wenn  
hätte  
das L  
mer z

**Leder-**  
**Zug-**  
**Beutel**

In 5 verschiedenen Lederarten,  
jede Sorte in 3 Größen  
von Mark 2.20 an bei  
Reichert  
Mittl.  
Brücke

**Manchester**  
für Herrenanzüge  
und Polstermöbel,  
**Samt**  
für Kleider und Mäntel,  
empfiehlt  
Frau Karl Eberhard,  
Witwe, beim „Ader“.

**Fahrpläne**  
sind jetzt vorrätig in der  
Buchhandlung  
Häußler.

Ein Paar  
**Wollmatrizen**  
sowie ein  
**Sopha**

verkauft oder vertauscht.  
Wer, sagt die Geschäfts-  
stelle ds. Bl.

Zwei gut erhaltene  
**Regulieröfen**  
hat im Auftrag zu verkaufen  
Carl Seiz, Hafnermstr.  
Badstraße.